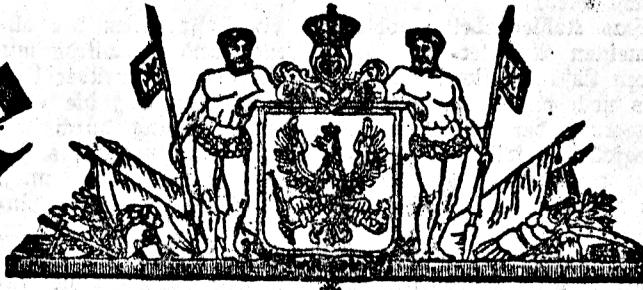


# Vossische



# Zeitung

15 Pfennig

Bezeichnet

1904

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitsbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypothek- und Geldverkehr, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: Monatlich 3.75 M., vierteljährlich 11.25 M. In Groß-Berlin und Umgebung durch eigene Boten täglich zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1,50 M. u. 80%/, Teuerungsruschlag. Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): I. V. Rolf Galle in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11.800, 11.801, 11.802 bis 11.850, sowie 15.280, 15.281, 15.282 bis 15.291.

## Amerika und Deutschland.

Dem Pressebüro Tokio zufolge meldet die dem Präsidenten nachstehende New-Yorker „World“, daß Wilson dem Senat kurz vor seiner Vertagung eine Botschaft überreichte, die, wie angenommen, den Zweck verfolgt, den Frieden mit Deutschland herbeizuführen, ohne daß erst die Genehmigung des Friedensvertrages abgewartet wird. Der Vertagungsantrag schwebte noch, als die Botschaft eintraf. Sie wird am Sonntagabend verlesen. Das Blatt meldet ferner, es erfahre, daß der Präsident ein Protokoll vorschlägt, nach dem die Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland wieder aufgenommen werden können, während die Frage der Genehmigung des Vertrages gründlich besprochen wird.

Die „Frankfurter Zeitung“ erzählt aus New-York: Wie hier aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, ist Wilson besezt, daß die Vereinigten Staaten irgendeinen Teil der deutschen Entschädigungszahlungen für sich beanspruchen oder annehmen.

os. Rotterdam, 2. August.

Wie Reuters aus Washington meldet, hat der Regierungssachverständige im Senatsauschuß der gegenwärtig den Friedensvertrag behandelt, mitgeteilt, daß Deutschland die festgesetzte Entschädigung niemals werde bezahlen können. Der Entschädigungsauschuß werde sich keinerlei Mühe geben, mehr aus Deutschland herauszuschlagen, als das Land bezahlen kann, ganz gleich, welchen Betrag man als die durch Deutschland zu zahlende Entschädigungssumme festgesetzt hat.

Amsterdam, 2. August.

Die „Times“ melden aus Washington, Wilson habe gestern und heute mit republikanischen Führern beraten, die ihm erklärten, der Biltmoresvertrag könne nicht vorbehaltlos angenommen werden. Der Präsident soll geantwortet haben, daß es für die Mittlern erniedrigend sein würde, von neuem mit Deutschland zu verhandeln und es zu erlauben, einer Veränderung zuzustimmen.

Haag, 2. August.

Das „Holländische Neuweltbüro“ meldet aus New York: Aus Paris kamen hier Nachrichten ein des Inhalts, daß die amerikanische Mission im Auftrag ihrer Regierung die Freiheit der Meere in den Vordergrund der Beratungen rückte und daß sie Stellung gegen das von England beanspruchte Untersuchungsrecht von Handelschiffen, die nach einem nicht kriegsähnlichen Vorfall unterwegs sind, nimmt. Die britische Auslegung des Blockaderechtes sei mit den Ansichten der amerikanischen Regierung unvereinbar.

## Weder deutsche noch polnische Truppen in Danzig.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

os. Rotterdam, 2. August.

Wie Reuters aus Paris meldet, hat der Oberste Rat gestern beschlossen, daß alle deutschen Truppen sich aus Danzig zurückziehen müssen, und daß es den polnischen Truppen verboten ist, in Danzig einzurücken. Das Gebiet wird von drei Abgrenzungskommissionen verwaltet werden.

Paris, 1. August. (Reuters.)

Das polnische Parlament hat den Friedensvertrag mit Deutschland und den Vertrag, der den Minoritäten in Polen ihre Rechte verbürgt, gestern mit 285 gegen 41 Stimmen genehmigt.

Die „Times“ melden aus Warschau, daß der frühere L. u. L. Reichsfinanzminister Bilinski auf Ersuchen Paderewskis das Amt des polnischen Finanzministers angenommen hat.

## General Dupont Grenzkommislar.

Die in Katowitz erscheinende „Gazeta Dubowa“ vom 1. d. M. meldet: Der französische General Dupont ist zum Vorsitzenden der alliierten Kommission für die Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze an Ort und Stelle ernannt worden. Er soll auch für andere alliierte Kommissionen im früheren preussischen Teilgebiet den Boden vorbereiten. General Dupont hat sich bereits nach Berlin begeben; er beabsichtigt später mit seinem Stab in Braunsberg Wohnung zu nehmen.

## Englands angeblicher Rückzug aus Rußland.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

W. Kopenhagen, 1. August.

Nachdem Churchill vor einigen Tagen gesagt hatte, daß die Alliierten nicht mehr an einer direkten Aktion gegen die Bolschewiki teilnehmen, sondern deren Gegner nur noch materielle und wirtschaftliche Unterstützung zuteil werden lassen wollen, verlautet jetzt mit Bestimmtheit, daß in den nächsten Tagen schon bedeutende

englische Seestreitkräfte nach dem Weißen Meer abgehen werden, um den Rückzug der in Nordrußland befindlichen englischen Truppen zu sichern. Wie „Berlinsche Abendpost“ aus London meldet, wurde dem englischen Generallstab völlige Handlungsfreiheit seitens der Regierung eingeräumt bezüglich aller für die Räumung notwendigen Maßnahmen.

In den letzten Tagen hat man Freiwillige für Rußland gewonnen, nach Nordrußland geschickt und die im Bedarfsfall verwendet werden sollen. Daraus scheint also hervorzugehen, daß England sich nicht zurückzieht, sondern nur einen bedeutungslosen Rollenwechsel vornimmt. Es sind sogar große Verstärkungen angekommen.

## Internierung Bela Kuns.

Drahtmeldung.

Wien, 2. August. (Korr.-Büro.)

Bela Kun, der die Aufenthaltserlaubnis für Deutsch-Oesterreich erhalten hat, ist in Wien eingetroffen. Er ist in dem Internierungslager Profendorf (Niederösterreich) untergebracht worden.

Die Blätter melden: Der bisherige ungarische Volksbeauftragte Tibor Szamuelj hat schon gestern die Flucht ergriffen und versucht, bei Wiener Neustadt die Grenze zu überschreiten, um nach Deutsch-Oesterreich zu gelangen. Er wurde aber von Gendarmen erkannt und festgenommen. Darauf hat Szamuelj sich durch einen Kopfschuß selbst getötet. Die Leiche wurde nach Wiener Neustadt gebracht.

Aus Brud an der Donau ist die Mitteilung eingelangt, daß die dortige rote Grenzpolizei heute früh durch bewaffnete sozialistische Grenzschutzsoldaten abgelöst wurde, die die Rotgardisten mit einwirkten.

## Nur eine provisorische Regierung.

Drahtmeldung.

Wien, 2. August.

In einer Unterredung mit dem Mitarbeiter der „Neuen Freien Presse“ erklärte der Präsident des Budapestertententemissionsrats, Weltner, die Regierung habe einen provisorischen Charakter. Sie bereite die Friedensverhandlungen vor. Die neue Regierung habe zur Frage der Einberufung der Nationalversammlung noch keine Stellung genommen.

In den Kreisen der in Wien weilenden Ungarn hält man, dem „Neuen Wiener Tagblatt“ zufolge, das sozialistische Kabinett erst für den Anfang der Entwicklung. Es sei jetzt die Möglichkeit geschaffen, daß die Budapestertententemissionsregierung in Verhandlungen eintreten, um ein Koalitionskabinett zu bilden, das allein den Willen des ganzen Landes darstellen würde. Die nächste Aufgabe sei die Ausschreibung der Wahlen zur Nationalversammlung.

## Die Entente an die neue Regierung.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

v. Budapest, 2. August.

Der Chef der in Budapest weilenden italienischen Militärmission, Romaneli, erließ heute folgenden Aufruf:

„Als einziger hier weilender Vertreter der Entente, mit der die gegenwärtige ungarische Regierung ein freundschaftliches Verhältnis aufrechtzuerhalten wünscht, ermahne ich die Bevölkerung Budapests und des ganzen Landes zur Ruhe und Ordnung und fordere sie auf, alle Verfügungen der gegenwärtigen Regierung strengstens einzuhalten, damit die Ordnung und die Sicherheit des Lebens und Eigentums in volstem Maße aufrechterhalten werden können. Jedermann enthalte sich aller Handlungen des Parteilichens, aller konfessionellen Unbuddsamkeit und jeder Zwistigkeit, damit nicht die Lage derjenigen erschwert werde, auf deren Schultern in dem jetzigen schweren Augenblick die Verantwortung der Regierung ruht. Insofern es in meiner Macht liegt und soweit ich die Möglichkeit habe, werde ich bestrebt sein, zu erreichen, daß die Entente binnen kürzester Zeit durch teilweise oder vollständige Aufhebung der Blockade und durch Herstellung des notwendigen Friedens die derzeitige Lage Ungarns erleichtert und es ermöglicht, daß das ungarische Volk wieder emporblühe.“

Wien, 2. August.

Der „Neuen Wiener Tagblatt“ zufolge erklärte ein hervorragendes Mitglied der Ententemission in Wien, daß sich die Entente mit der neuen Lage in Ungarn nicht zufrieden geben könne, da in der neu konstituierten Regierung größtenteils Männer seien, die an dem kommunistischen Regime aktiven Anteil hatten. Die Entente werde der Bildung einer Koalitionsregierung bestehen.

(Siehe auch vierte Seite.)

## Die Kohlengefahr.

Von  
Oskar Schmidt.

In der letzten Zeit sind amtliche Nachrichten über die mangelnden Charaktere über unsere künftige Versorgung oder vielmehr Nichtversorgung mit Kohle veröffentlicht worden. Das Publikum hat diese Mitteilungen mit der stumpfsinnigen Gleichgültigkeit aufgenommen, die man bei uns unglücklicherweise den Gefahren von morgen gegenüber an den Tag zu legen pflegt. Im Kriege haben wir uns ja auch über jede verhängnisvolle politische Gelegenheit, über jeden verhängnisvoll falschen politischen Schwanz hinweggesetzt, haben uns damit getröstet, daß unsere Heere doch noch „auf dem Feindesland“ stünden, haben gehofft, daß der Kampf trotz allem irgendeinmal, irgendwo zu einem für uns guten Ende kommen werde. Heute klammern wir uns daran, daß wir „Frieden“ haben, daß die Blockade aufgehoben ist, daß es in den Läden wieder echten Kaffee, Schokolade und Süßfrüchte zu kaufen gibt, und daß die Regierungstruppen bisher stark genug gewesen sind, die Kommunisten in Schach zu halten. Fortgesetzte Streiks, Arbeitsunlust, Produktionsverfall statt Produktionsaufstieg, eine über und über verschuldete, mit Leistungsverpflichtungen ans Ausland überlastete Wirtschaft, die Woche für Woche und Monat für Monat weiterverzehrt, ohne Nennenswertes zu erzeugen, deren Kredit jenseits der Grenzen täglich tiefer sinkt — na ja, gewiß, das ist alles sehr schlimm, wir sind eben bestrebt und hatten Revolution, aber es wird sich schon „irgendwie“ erretten. Verzeihung, — darf man daran erinnern, daß von einem gewissen Zeitpunkt ab (an dem die meisten von uns noch sehr zuversichtlich waren) auch das Kriegsergebnis nicht mehr hat „eingerechnet“ werden können?

Die Kohlenkrise, die uns amtlich angekündigt wird, kann bedeuten, daß die Entente mit neuen, wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen gegen uns vorgeht, das heißt also, daß wir in erneute, scharfe Lebensmittelschwierigkeiten geraten (ganz abgesehen davon, daß wir natürlich nicht unbegrenzt Einfuhr auf Kredit erhalten werden, wenn wir nicht arbeiten und produzieren). Sie bedeutet weiter, daß wir immer tiefer in die Defizitwirtschaft (die schließlich an einem bestimmten Punkte Bankrottwirtschaft werden muß) hineinkommen, immer mehr Not an den Mann bringen; denn so lange die Produktionswirtschaft nicht einigermaßen in Ordnung ist, kann keine Rede davon sein, daß die Staatswirtschaft ins Gleichgewicht gebracht wird. Sie bedeutet schließlich Massenarbeitslosigkeit, steigende Güterarmut im Inlande, Fehlen aller Zahlungsmittel für den Exportimport aus dem Auslande (es sei denn, daß man für Lebensmittel und Kleider mit deutschem Geld und deutschen Unternehmungen zahlt und Deutschland dem ausländischen Kapital als Exploitationskolonie ausliefert). Wie die Massenarbeitslosigkeit auf die innere, politische Entwicklung wirken muß, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden.

So stellen sich die Gefahren dar; sie bedrohen uns augenscheinlich mit dem völligen Niederbruch oder dem völligen Selbstständigkeitsverlust unserer Wirtschaft. Wo liegt die Wurzel des Übels, und mit welchen Mitteln ist es zu bekämpfen?

Die Senkung der Produktionsleistung im Kohlenbergbau ist keine isolierte Erscheinung, sondern nur ein Teil des allgemeinen und einschneidenden Produktionsrückgangs, der — unabhängig von den durch die Rohstofflage gegebenen Möglichkeiten — teils durch die Vernichtung der technischen Produktionsanlagen und durch die physisch-psychische Kriegsdepression, vor allem aber durch die Erschütterung des Arbeitswillens und der Arbeitsdisziplin der Lohnarbeiterschaft eingetreten ist. Der Rückgang tritt nur bei der Kohle besonders katastrophal hervor, weil die Kohlenversorgung die Grundlage des ganzen industriellen Arbeitsprozesses ist, weil unsere Rohstoffbasis sich durch die Friedensbedingungen stark verengert hat und weil wir enorme Naturalabgaben an Kohle für das bisher feindliche Ausland aufzubringen haben. Die Kohlenarbeiter haben, wie die Eisenbahnarbeiter, „die Hand an der Gurgel des Staates“.

Der Arbeiter ist, bei uns wie anderwärts, generationenlang durch die tatsächliche Entwicklung wie durch manche mißverständliche Lehre dazu erzogen worden, seiner Arbeit unfreudig und gleichgültig gegenüberzutreten, ja sie in gewissem Sinne und Grade zu hassen. Er hat dieser Entfremdung und dieses vom „Ausbeuter“ auf das Medium der Ausbeutung übertragenen Hasses arbeitete er, und seine Bestimmung war durchschnittlich sogar höher als die der Arbeiter anderer Länder. Denn er fühlte sich zu schwach, die kapitalistische Ordnung, an deren Seite die ganze Staatsmacht stand, zu überwinden. Er gewöhnte sich daran, seine Auslieferung gegen diese Ordnung nicht als Angelegenheit der Gegenwart, sondern als Hoffnung der Zukunft zu betrachten und in der Praxis des Alltags jenen Antrieben zu folgen, die ihn innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft zwingend darauf hingewiesen, eine volle und regelmäßige Arbeitsleistung zu bieten, um seinen Unterhalt zu sichern und in begrenztem Umfang seine Lage zu verbessern.